
GRENZEN DES SOZIALSTAATS?

Rezension von Johano Strasser,
Grenzen des Sozialstaats? Soziale
Sicherung in der Wachstumskrise,
Europäische Verlagsanstalt, Köln/
Frankfurt am Main, 1979

Strassers Buch will aus der Defensiv- herausführen, in die die sozialdemokratische Theoriediskussion im Bereich Sozialpolitik in den letzten Jahren geraten war, denn bereits der Titel „Grenzen des Sozialstaats“ ist ein konservatives Schlagwort. „Schon die ersten Versuche, soziale Sicherheit in öffentlicher Verantwortung zu organisieren, waren begleitet von düsteren Warnungen vor der Übermacht des Staates und der Vernichtung der Freiheit, dem Verfall des Leistungsprinzips und der Störung des Marktmechanismus, in dem das noch junge Bürgertum das methodische Prinzip der gesellschaftlichen Vernunft schlechthin erblickte“. (S. 21)

Der Wohlfahrtsstaat ist für Strasser die historische Leistung der Sozialdemokratie (S. 23 ff.), doch ohne die Leistung der Arbeiterbewegung schmälern zu wollen, ist auch der Anstrengungen und Erfolge der Konservativen, wie z. B. Bismarck und Adenauer, zu gedenken. Dem hält Strasser entgegen: „Das konservativ-bürgerliche Lager begegnete der Entwicklung des Sozialstaats stets mit Unbehagen, wenn nicht gar mit offener Feindschaft. Allenfalls konnte man sich in diesen Kreisen dazu verstehen, den ständigen Ausbau des Systems sozialer Sicherung als ein nach Lage der Dinge unvermeidbares Zugeständnis an die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie aufzufassen“. (S. 37)

Diese Diskrepanz zwischen konser-

vativer Theorie, die zu einer restriktiven Sozialpolitik führen hätte müssen, und der unzusammenhängenden sozialpolitischen Aktivität konnte Strasser damit wohl nicht voll erklären. Daß in den letzten Jahren die konservative Theorie die politische Diskussion beherrschte (Stichworte: Neue soziale Frage, Grenzen des Sozialstaats), ist sehr stark auch im Theoriedefizit der Sozialdemokratie begründet.

„Daß die konservative Propaganda bei so vielen Menschen verfangt, hat seinen Grund u. a. darin, daß sie eben nicht, wie manche Linke allzu leichtfüßig glauben machen wollen, den lichtesten Tag in rabenschwarze Nacht, die beglückendste Wohltat in elende Plage umlügt, sondern manifeste Schwächen des wohlfahrtsstaatlichen Konzepts ausnutzt...“. (S. 94) Insbesondere die weit verbreitete sozialpolitische Tonnenideologie, die meint, ein Mehr sei stets ein Besser, hat die Finanzierungswiderstände in breiten Kreisen der Bevölkerung vernachlässigt und die Gewöhnung an die sozialpolitischen Leistungen als selbstverständlich gefördert. Die soziale Wirksamkeit der sozialpolitischen Wachstumskonzeption, die von inzwischen angezweifelte volkswirtschaftlichen Wachstumsperspektiven abhängig ist, wurde zunehmend in Frage gestellt. Die Ineffizienz und die Kritik daran reichen jedoch weiter. Strasser hält dagegen: „Wenn also die Effizienz öffentlicher Einrichtungen im allgemeinen und sozialer Dienste im besonderen zur Debatte gestellt wird, so kann dies nicht bedeuten, daß die Effizienzkriterien der kapitalistischen Wirtschaft oder der industriellen Produktion überhaupt einfach auf diese Bereiche übertragen werden“. (S. 106)

Eine unsystematische Politik führte zu Ineffizienz in Bereichen, die über das angesprochene Gebiet hinausreichten, so bei der Leistungskumulation (S. 140 ff.), der einseitigen Anwendung des Kausalprinzips (S. 136 ff.) und bei dem von allen Parteien hoch-

gehaltenen Prinzip „Allen wohl und niemand weh!“ (S. 188), das auch Leistungslücken hinterließ. Strasser kritisierte die konservativen Versuche der Entpolitisierung der Sozialpolitik (S. 147), die nicht durch eine soziale Ordnungspolitik mit automatischen Regelungsmechanismen ersetzt werden kann.

„Die vorherrschende individualisierende Betrachtungsweise, die in sozialen Problemen, in der Krankheit usw. einen Defekt am einzelnen erblickt, übersieht, daß der Mensch als soziales Wesen nur in der Einbettung in eine zugleich stimulierende und schützende soziale Umwelt im vollen Sinne intakt sein kann.“ (S. 119) Strasser fordert folglich eine integrierte Sozialpolitik, die die Leistungsgewährung der einzelnen Gesetze aufeinander abstimmt. Der Gefahr der Juridisierung und der Bürokratisierung ist er sich dabei – wie auch die Konservativen – bewußt. „Es geht um die Ermöglichung der Gemeinschaftsbildung durch politische Rahmensetzung, nicht um die Totalerfassung der menschlichen Existenz durch den Staat.“ (S. 117)

Strasser hält auch Lösungen oder besser wertvolle Anregungen zu Lösungen zu vielen der ausstehenden Fragen bereit:

1. Finalprinzip vor Kausalprinzip (S. 135 ff.)

Sozialpolitische Leistungen sollen mehr nach Bedürftigkeit als nach Vorleistung (z. B. Beitragszahlung) vergeben werden. Damit können zahlreiche noch bestehende Versorgungslücken abgebaut werden.

2. Vorsorgende vor nachfolgende Sozialpolitik (S. 142 ff.)

Diese dem bisher weithin praktizierten Versicherungsprinzip entgegengesetzte Politik kann a) die Kosten mindern, b) den Menschen viel Leid ersparen. c) „Eine deutliche Akzentverlagerung zur vorbeugenden Sozialpolitik würde der von den Konservativen hochgespielten falschen Alternative ‚Mehr Staat = mehr Un-

freiheit‘ oder ‚Mehr Markt = mehr Freiheit‘ einen Großteil ihrer bewußtseinstrübenden Macht nehmen und dazu beitragen, die Sozialdemokratie auf dem wichtigen Feld der Sozialpolitik wieder in die Offensive bringen.“ (S. 159 f.)

3. Eine demokratische Produktion sozialer Sicherheit (S. 162 ff.)

„Der Begriff ‚Demokratie‘ wird dabei nicht in der Vereinigung genommen, wie sie unter dem prägenden Einfluß der ‚westlichen‘, repräsentativen Demokratie üblich geworden ist, sondern umfaßt auch partizipative Formen der Demokratie und Formen direkter Selbstorganisation.“ (S. 163) Dazu ist anzumerken, daß die Selbstverwaltung der sozialen Träger in den letzten Jahren wieder mehr Leben gewonnen hat, wenn auch die Leistungsseite durch Gesetze (noch) fast vollständig geregelt ist.

4. Leistungsbeteiligung (S. 168 ff.)

Dieser von den Konservativen immer wieder betonte Ansatz soll die Passivierung des „Konsumenten“ von Sozialleistungen abbauen. Hierher gehört auch die Laisierung statt der von den Konservativen geforderten Privatisierung (S. 171) vieler sozialer Dienste unter Anerkennung des Subsidiaritätsprinzips (S. 173), das der Autor allerdings nicht auf Großorganisationen wie die Kirchen (wohl auch Gewerkschaften?) ausgedehnt wissen will.

Daß mit diesen Plänen und Vorschlägen auch Widerstände wachsen werden, ist Johano Strasser bekannt. Zwar war er einer der Hauptideologen der Jusos in ihren kämpferischen Glanzzeiten, doch erkennt er auch nüchtern, daß „... eine Politik nach dem Motto ‚Viel Feind – viel Ehr!‘ nur für jene Menschen reizvoll (ist), die in der politischen Auseinandersetzung eine Bestätigung ihres elitären Märtyrerbewußtseins suchen, an der Durchsetzung praktischer Verbesserungen aber kaum oder gar nicht interessiert sind.“ (S. 183) Damit stellt sich Stras-

ser eindeutig auf die Seite der Revisionisten und Reformisten auch in seiner eigenen Partei. Die Antirevisionisten – eine kleine Juso-Schule – lehnt er ab (S. 57 ff.), weil sie eine Reformfähigkeit der Gesellschaft nicht anerkennen. Er greift eine Vielzahl konservativer Argumente auf, trennt die Spreu vom Weizen und fügt eigene Vorschläge hinzu.

Ein sehr originelles Buch also, das die sozialpolitische Diskussion voranbringen wird, gerade weil es nicht überall Zustimmung finden kann.

Strasser hat recht mit der Aussage, daß die sozialpolitische Enthaltsamkeit bei den Gewerkschaften und bei der SPD beendet werden muß. Sozialpolitik, verstanden als Gesellschaftspolitik, ist ein Eckstein unseres freiheitlichen Staats- und Gesellschafts-systems, denn – Helmut Schmidt: – „Soziale Sicherheit geht nicht auf Kosten der Freiheit. Im Gegenteil: Soziale Sicherheit schafft Freiheit für die Menschen“. (S. 98)

Edgar Forster